



**Vorbereitung auf die**

# ***Komplexität***

Europäisches Parlament 2025

Die Zukunft ist global, lokal und digital

Endgültiger Bericht des Generalsekretärs

9. April 2013

Dieser Bericht wurde vom Generalsekretär des Europäischen Parlaments bei dem Away-Day des Präsidiums unter dem Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Parlaments am 9. April 2013 vorgelegt.

**REDAKTION:**

Klaus Welle

Der Generalsekretär

Europäisches Parlament

B-1047 Brüssel

E-Mail-Adresse: [klaus.welle@ep.europa.eu](mailto:klaus.welle@ep.europa.eu)

**ADMINISTRATOR RESPONSIBLE FOR THE EP 2025 PROCESS:**

Franck Debié

Team Leader EP 2025 Long Term Trends

Kabinett des Generalsekretärs

Europäisches Parlament

B-1047 Brüssel

E-Mail-Adresse: [franckrene.debie@ep.europa.eu](mailto:franckrene.debie@ep.europa.eu)

**SPRACHFASSUNGEN:**

Original: EN

**REF. NUMBER:**

PE508.814 [*Translation ref. nr FdR*: 932948DE]

---

Redaktionsschluss: April 2013

Brüssel, © Europäisches Parlament, 2013

---

**ERKLÄRUNG ÜBER DEN HAFTUNGSAUSSCHLUSS**

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe ist gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

# VORBEREITUNG AUF DIE KOMPLEXITÄT

## Das Europäische Parlament 2025

### Die Zukunft ist global, lokal und digital

– Endgültiger Bericht von Klaus Welle, Generalsekretär des Europäischen Parlaments, an das Präsidium des Europäischen Parlaments –

Die vorliegende, dem Präsidenten und dem Präsidium vorgelegte Synthese ist das Ergebnis eines beispiellosen kollektiven Gedankenaustausches aller Generaldirektionen des Europäischen Parlaments. Das Ziel besteht darin, strukturelle Änderungen zu bestimmen, die eingeleitet werden müssen, um das Europäische Parlament auf ein sehr viel komplexeres und anspruchsvolleres Umfeld in den kommenden Jahren vorzubereiten.

## I. VORGEHENSWEISE

Der erste Entwurf des Berichts beruht auf einer Analyse der Megatrends, die in der wissenschaftlichen Literatur beschrieben sind.

Die angewandte Methode umfasste die Sammlung der zentralen Elemente der Theorien in verschiedenen Fachbereichen (internationale Beziehungen, Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften, Technologie) zu wesentlichen langfristigen Trends, die im Kontext des EP als maßgeblich ermittelt wurden. Die ausgewählten wissenschaftlichen Arbeiten zählten zu den am meisten gelesenen und zitierten. Diese Quellen werden durch aktuelle empirische Untersuchungen bzw. Gutachten von Think-Tanks, Forschungseinrichtungen, Sachverständigengruppen und Medien ergänzt.

Der erste Entwurf des Berichts wurde auf dem Away-Day der Direktoren und Generaldirektoren im September 2011 erörtert. Die verschiedenen GD hatten die Gelegenheit, ihre eigenen Fragen zur Komplexität, die vor uns liegt, und die Art und Weise, wie man sich auf sie vorbereiten kann, anzusprechen. Als Ergebnis wurde eine Liste von 130 Fragen erarbeitet und zusammen mit dem Bericht in Umlauf gebracht.

Der erste Entwurf des Berichts und die sich daraus ergebenden Fragen wurden dem Präsidenten, dem Präsidium und den Quästoren des Europäischen Parlaments am 27. Januar 2012<sup>1</sup> vorgelegt, die die Initiative des Generalsekretärs unterstützen. Sie schlossen sich den ersten Schlussfolgerungen an, in denen die zunehmende Komplexität betont wurde, die sich aus einer multipolareren Welt ergibt, in der das Regieren immer mehr auf mehreren Ebenen erfolgt und bei der Beschlussfassung und -umsetzung viele Akteure einbezogen werden. Die vielen Technologien, die verfügbar werden, beschleunigen den Wandel.

---

<sup>1</sup> *Das Europäische Parlament 2025 Vorbereitung auf die Komplexität*, Brüssel, Europäisches Parlament, 2012 (PE479.851/BUR)

Alle GD des Sekretariats wurden dann darum ersucht, ihre eigenen Antworten auf die vom Präsidium gebilligte Fragenliste – nicht nur in ihrem Fachbereich sondern auch zu allen anderen Fragen, zu denen sie sich äußern wollten – einzubringen.

Der Gedankenaustausch in den GD begann in der zweiten Jahreshälfte 2012, und die Antworten wurden überall in den Generaldirektionen bei internen Sitzungen und Konsultationen gesammelt. An diesem Verfahren konnte eine große Zahl relevanter Einheiten teilnehmen. Die Antworten wurden in konsolidierten Dokumenten auf der Ebene der Generaldirektionen gesammelt und zusammengeführt<sup>2</sup>.

Eine weitere Konsolidierung erfolgte im Kabinett des Generalsekretärs, um einen Text zu erstellen, der das Beste aus den Beiträgen der Generaldirektionen übernimmt. Dieser zweite Entwurf eines Berichts wurde auf dem Away-Day der Direktoren und Generaldirektoren vom Januar 2013 in Brügge vorgelegt und diskutiert sowie nach Erörterungen revidiert<sup>3</sup>.

## II. WICHTIGSTE ERKENNTNISSE

Der erste Faktor, der in dem vorläufigen Bericht ermittelt wurde, ist das Aufkommen einer multipolareren Welt. Das ist nicht überraschend. Wir wissen, dass zusätzliche Akteure die internationale Bühne betreten. Was wir allerdings noch nicht genau wissen, ist die Frage, um welche Zentren sie sich gruppieren werden. Wir können nicht genau sagen, ob es Kooperation, Wettbewerb oder Konfrontation zwischen den Zentren geben wird. Wir wissen, dass Forderungen nach einer multipolaren Ebene der Governance unter Umständen zunehmen werden. Aber durch den Prozess wird vielleicht der Graben zwischen den Erwartungen der Weltbürger und den verschiedenen globalen Foren vertieft, die versuchen, die verschiedenen Zentren dazu zu bringen zusammenzuarbeiten<sup>4</sup>.

### 1. Zentrum sein oder nicht sein

Die Frage, die wir uns als Europäer in diesem Kontext der Unsicherheit stellen müssen ist: „Was müssen wir in diesem neuen Kontext tun, wenn wir ein eigenes Zentrum sein wollen?“

Warum ist es für die Europäer wichtig, dass ihre Union als ein Zentrum auf weltweiter Ebene gesehen wird?“

- Weil die Europäer die Kontrolle über ihr Schicksal behalten wollen. Sie wollen nicht (erneut) zu Objekten der Geschichte werden. Die transatlantische Beziehung ist zwar stets von wesentlicher Bedeutung und immer noch sehr stark, reicht aber in einem multipolaren

---

<sup>2</sup> Vorbereitung auf die Komplexität. Das Europäische Parlament 2025. Beiträge der Generaldirektionen nach Frage, Dezember 2012 (Entwurf eines internen Dokuments)

<sup>3</sup> Vorbereitung auf die Komplexität. Das Europäische Parlament 2025. Die Antworten. Januar 2013 (Entwurf eines internen Dokuments)

<sup>4</sup> European Strategy and Policy Analysis System, Citizens in an Interconnected and Polycentric World, Global Trends 2030, Paris, EUISS, 2012

Umfeld nicht mehr aus. Es ist unbedingt notwendig, den Aufbau von Koalitionen über die maßgebliche Beziehung USA/EU hinaus auszuweiten.

- Weil kein Mitgliedstaat in der Union allein genügend Einfluss hat, um in entscheidender Weise zur Gestaltung des Welthandels, weltweiter Normen, und von Weltmärkten so beizutragen, dass die Interessen der Europäer optimal gewahrt werden. Diese Themen sind aber von entscheidender Bedeutung für alle Europäer, denn sie sind es, die für Wachstum sorgen.
- Weil sich die internationalen Märkte nicht selbst regulieren. Konjunkturprogramme, Finanzregelungen, technische Normen, sie alle werden durch Verhandlungen gestaltet. Wirtschaftsverhandlungen erfahren durch neue Exekutivfora, wie etwa die G20, eine Ausweitung. Sie befassen sich mit einer größeren Zahl von Themen. Viele von ihnen fallen traditionell in den Zuständigkeitsbereich von Gesetzgebern und Regulierungsbehörden. Bilaterale Handelsverhandlungen nehmen explosionsartig zu. In diesen zahlreichen Verhandlungen liegt es im gemeinsamen Interesse, dass die Europäische Union ihren Einfluss geltend macht und das verteidigt, wofür sie steht<sup>5</sup>.

## 2. Befassung mit den „toten Winkeln“

Die Einnahme eines „gemeinsamen Standpunkts“ und die Verteidigung „gemeinsamer Werte“ wird aber nicht ausreichen, damit die Europäische Union als „Global Player“ gesehen wird. Wenn die Europäische Union ein Zentrum im globalen System sein will, braucht sie eine Fähigkeit zu agieren, die mehr oder weniger derjenigen entspricht, über die andere große kontinentale politische Einheiten verfügen.

Was ist der zusätzliche Nutzen solcher großen politischen Einheiten für die weltweiten Beziehungen? Sie sind in der Lage, Zusagen, die Dritten gegeben wurden, für riesige Gebiete einzuhalten und durchzusetzen. Sie können beträchtliche Ressourcen auf einer zentralen Ebene bündeln, um mit unvorhergesehenen Umständen fertig zu werden. In Bezug auf Drittländer sind sie in der Lage, Hilfestellung zu leisten, aber auch Sanktionen zu verhängen. In der Regel haben sie voll funktionsfähige geld- und währungspolitische Institutionen. Auf diese Weise vermindern große kontinentale Einheiten die Komplexität der Weltwirtschaft.

Wenn wir wollen, dass die Europäische Union ein Zentrum im globalen politischen System ist, wird man sich mit einigen „toten Winkeln“, die es immer noch in ihrer institutionellen Konstruktion gibt, befassen müssen. Dies ist in jüngster Zeit im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion durch die Schaffung von Hilfsfonds und leistungsfähigen Auffangmechanismen sowie durch das Engagement für einen neuen Fiskalpakt und die Einleitung einer gemeinsamen Bankenaufsicht geschehen.

---

<sup>5</sup> Michael Emerson, Rosa Balfour, Tim Corthaut, Jan Wouters, Piotr Maciej Kaczynski, Thomans Renard, *Upgrading the EU's Role as Global Actor*, Bruxelles, Centre for European Policy Studies, 2011

Auch die Politikbereiche Besteuerung, Energie, Sicherheit und Verteidigung werden eine Aktualisierung erfordern. Unabhängig davon, ob diese weiteren Aktualisierungen unterhalb der Ebene von Vertragsänderungen vorgenommen werden oder nicht, sind sie wahrscheinlich im Endeffekt konstitutioneller Natur. Das ist der Grund weshalb das Europäische Parlament soll sich an diesem Prozess so früh und so entschlossen wie möglich beteiligen.

### 3. Auf dem Weg zu mehr Governance auf mehreren Ebenen

Der zweite Faktor, den man nicht leugnen kann, ist die Tatsache, dass wir nun tiefer in ein Governance-System auf mehreren Ebenen eintreten.

Während der letzten Jahrzehnte hat der Nationalstaat nicht nur Befugnisse auf die Europäische Union übertragen, sondern in vielen unserer Länder hat er auch Befugnisse an die Regionen zurückgegeben. Dies gilt für die meisten EU-Länder.

Allerdings hat die derzeitige und anhaltende Wirtschaftskrise eindeutig gezeigt, dass selbst die europäische Ebene allein nicht mehr als geeignete Ebene für bestimmte politische Schlüsselentscheidungen dienen kann, die nun in Exekutivfora, wie der G8 oder der G20, getroffen werden.

Die gefährliche Verbindung zwischen einer Finanzkrise und einer Krise der Staatsschulden in Europa hat den Übergang zu mehr Governance auf mehreren Ebenen beschleunigt. Fragen, die früher nur auf nationaler Ebene erörtert wurden, werden auf die europäische Ebene „gehoben“. Die Konditionalität hat mit der Schaffung neuer Instrumente zugenommen. Wenn Mitgliedstaaten von gemeinsamen Hilfspaketen profitieren wollen, müssen sie bessere Leistungen bei fiskalpolitischer Konsolidierung und Reformen im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit bieten. Nationale Parlamente sind natürlich stark bestrebt, an diesen Debatten und den Entscheidungen, die aus ihnen unter Umständen hervorgehen, beteiligt zu werden. Das Europäische Parlament selbst wünscht bei seiner Kontrolle über die europäische Exekutive ein Mitspracherecht bei diesen exekutiven Forderungen hinsichtlich beispielsweise der Strukturreformen.

Dies bedeutet, dass eine stärkere und bessere Abstimmung zwischen mehr Partnern wichtiger geworden ist. Wir müssen mit verschiedenen Ebenen der Beschlussfassung umgehen können: der nationalen Ebene, der europäischen Ebene, der weltweiten Ebene aber auch der regionalen und sogar der lokalen Ebene.

### 4. Ein System mit vielen Akteuren

Ein drittes Element, das bei der Vorbereitung auf die Zukunft berücksichtigt werden muss, ist die Tatsache, dass neue Akteure die Bühne betreten. Wir stehen vor einem Wandel zu einer Politikgestaltung durch mehrere Akteure, bei der nicht nur Staaten interagieren.

NRO, private Unternehmen, Basisorganisationen und zuweilen Einzelpersonen bringen ihre Ideen und Standpunkte immer nachdrücklicher ein. „Strategische Netzwerke“ werden immer

mehr zu einem weltweiten, wissensbasierten und unsteten Phänomen. Sie rücken von der Peripherie ins Zentrum. Das ist der Grund dafür, dass traditionelle institutionelle Konsultationsmechanismen – wie derjenige, der durch die Kommission organisiert wird – zum Teil nicht in der Lage sind, ihren wertvollen potentiellen Input zu verarbeiten. Dass das Europäische Parlament einen ausgewogenen Weg findet, wirksam und fair mit dem politischen Input von immer vielfältigeren Akteuren umzugehen, ohne den Blick für seine eigenen Ziele zu verlieren, stellt eine Herausforderung für die nahe Zukunft dar.

Die Bürger wollen nicht nur besser informiert werden; sie wollen selbst Untersuchungen anstellen. Sie brennen darauf, ihre Ansichten auszudrücken und mitzuteilen. Sie erwarten, konsultiert zu werden und tatsächlich an Entscheidungen mitzuwirken. Sie wollen sehen, dass ihre Meinung und ihre Wahlentscheidung wirklich Gewicht haben. Diese Entwicklung stellt eine Belastung für das traditionelle repräsentative System dar.

## 5. Ein neues „Geschäftsmodell“ für die Europäische Union

Diese Forderungen der Bürger nach mehr Mitbeteiligung an europäischen Entscheidungen sind durch die Krise noch lauter geworden. Mit der Krise hat sich die Europäische Union dramatisch verändert, wenn auch nicht durch eine Verfassungsänderung. Dadurch hat sich de facto ein neues „Geschäftsmodell“ für die EU herausgebildet.

Nach dem bisherigen Modell hatten die Organe in wichtigen Fragen entschieden, die Bürger betrachteten diese Entscheidungen jedoch im Grunde als Handlungen der Mitgliedstaaten, wenn diese dann umgesetzt wurden. Diese Entscheidungen wurden im Laufe der Zeit mittels kumulativer Wirkung spürbar. Die Auswirkungen der europäischen Entscheidungen wurden von eher kleinen Teilbereichen der öffentlichen Meinung (Landwirte, Fischer, Austauschstunden u.a.) besonders stark wahrgenommen.

Was sich im Zuge der Krise geändert hat, ist, dass sich die Bürger nun viel stärker dessen bewusst sind, dass die Entscheidungen auf europäischer Ebene den Kern ihrer eigenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen unmittelbar und mit sofortiger Wirkung betreffen. Dies ist in Staaten wie Griechenland, Zypern und Portugal offenkundig. Das gleiche gilt für Länder wie Deutschland, Österreich und die Niederlande. Die Bürger dort haben die Wechselwirkungen innerhalb der Europäischen Union verstanden – selbst Entscheidungen, die einen kleineren Mitgliedstaat betreffen, wirken sich unmittelbar auf ihre eigenen Ersparnisse und Zukunftsaussichten aus.

Das Geschäftsmodell der Europäischen Union hat sich somit von einer gering interventionistischen zu einer hochgradig interventionistischen Rolle geändert. Aus diesem Grund werden Entscheidungen (vornehmlicher exekutiver Art), die zwischen nationalen Regierungen, der Europäischen Kommission und den Finanzinstitutionen in Brüssel vereinbart werden, von vielen Bürgern, den Medien sowie Basis- und Internetbewegungen in Frage gestellt und diskutiert, die bislang für die Tätigkeit der Europäischen Union kein Interesse zeigten.

Sie stellen die Legitimität in Frage. Sie wollen wissen, welche Auswirkungen die Entscheidungen voraussichtlich haben werden. Wer entscheidet auf welcher Grundlage und mit welcher Art von demokratischer Kontrolle? Sie fordern nicht nur Transparenz. Sie verlangen auch nach Inhalten, Hintergrundinformationen und unabhängigen Einschätzungen. Sie wenden sich an die Mitglieder des Europäischen Parlaments wegen Analysen und Interventionen, sofern ihnen die MdEP bekannt sind. Es ist zu erwarten, dass sie sich der neu eingerichteten Bürgerinitiative bedienen werden, um ihre Anliegen anzubringen.

Diese neue demokratische Strömung in der Europapolitik birgt eine Reihe unterschiedlicher Konsequenzen.

Die erste Konsequenz ist quasi verfassungsmäßiger Natur. Wenn die Europäische Union mit Maßnahmen auf europäischer Ebene in den Kern der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen eingreift, muss dies mit einem gleichermaßen höheren Grad an demokratischer „Legitimation“ einhergehen. Diese „Legitimation“ kann nur durch das Europäische Parlament als demokratisch gewähltem Parlament sowie mittels einer intensiveren demokratischen Überprüfung von Entscheidungen der Exekutive erreicht werden.

Die Bürger sollten über unterschiedliche politische Optionen und über die Fähigkeit verfügen, die allgemeine Ausrichtung der Europapolitik unmittelbar verändern zu können. Dies kann nur durch eine Änderung bei den Europawahlen erreicht werden und zuallererst mit einer politischen Debatte zwischen den führenden Kandidaten, die sich um das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission bewerben.

Die MdEP und das Parlament als Institution werden ebenfalls die wachsenden Forderungen nach Inhalten, Debatten und der Präsenz der Abgeordneten in ihren Wahlkreisen in erheblichem Maße zu spüren bekommen. Dort können sie als Botschafter – und sei es als kritische Botschafter – der europäischen Ebene auftreten.

## 6. Die Technologie als Beschleuniger des Wandels

Es greift aber zu kurz, wenn man unser Systems und seine Dynamik lediglich als multipolar beschreibt, das sich mit mehreren Akteuren auf mehreren Ebenen abspielt. Es ist offenkundig, dass das Tempo der Entwicklung viel höher als noch in der Vergangenheit ist. Diese Beschleunigung ist auf technologischen Wandel und auf Innovationen zurückzuführen, die sich gleichzeitig auf sehr unterschiedliche Bereiche auswirken. Dies stellt den vierten Faktor dar, den das Europäische Parlament zur Kenntnis nehmen und mit dem es sich auseinandersetzen muss: die Technologie als Beschleuniger des Wandels.

Gleichzeitig mit den aufgeführten konvergierenden Erwartungen an ein demokratisches Wiedererwachen erfahren die traditionellen Partner der Demokratie – die Medien, die Kultursphäre, das Bildungssystem und die öffentlichen Einrichtungen im Allgemeinen – eine grundlegende Umwälzung ihres bisherigen Geschäftsmodells, was auf die Revolution in der

wissensbasierten Wirtschaft zurückzuführen ist<sup>6</sup>. Die Produzenten von Inhalten sind immer mehr dem Wettbewerb günstiger oder kostenloser Inhalte ausgesetzt. Herkömmliche Vermittler von Inhalten wie Journalisten, Sachverständige und Wissenschaftler bekommen nun Konkurrenz von Freiberuflern und dem leichten direkten Zugang zu globalen öffentlichen Daten. In der wissensbasierten Wirtschaft wird die reine Konnektivität nun von einer Hyper-Konnektivität<sup>7</sup> abgelöst, bei der die Menschen ermuntert werden, Inhalte und Dienstleistungen direkt zur Verfügung zu stellen, hochzuladen und auf sie zuzugreifen. Dadurch werden bislang übliche Mittelpersonen umgangen und die Vermittlung von Inhalten vereinfacht. Das Informationsmonopol schwindet<sup>8</sup>. Personen, Institutionen und Unternehmen sind nicht in der Lage, die über sie verbreiteten Informationen vollständig zu kontrollieren. Sie sind vor die Wahl gestellt, mehr von sich preiszugeben, um Missverständnissen und Falschinformationen vorzubeugen.

Auch wenn noch nicht abzusehen ist, wie sich diese Umwälzungen künftig auf die Funktionsfähigkeit der Demokratie und die Gesetzgebung insgesamt auswirken werden, so steht doch fest, dass alle öffentlichen Institutionen einem stetigen Druck ausgesetzt sein werden, das Beste aus den neuen Technologien<sup>9</sup> herauszuholen, um sowohl Ressourcen zu sparen als auch für Innovationen zu sorgen und somit eine höhere Kosteneffizienz zu erreichen.

### III. WAS BEDEUTET DAS FÜR UNS?

Angesichts des sich rasant vollziehenden Wandels und der damit verbundenen zunehmenden Komplexität hat das Europäische Parlament nicht alle Zeit der Welt, um sich für institutionelle und politische Veränderungen zu rüsten. Kein verantwortungsbewusster politischer Akteur und schon gar nicht ein EU-Organ vom Format und der politischen Rolle des Europäischen Parlaments kann es sich erlauben zu sagen, dass sich die zu erwartenden Veränderungen innerhalb von zwei Jahrzehnten vollziehen werden. Die neue Lage erlaubt es nicht, sich Zeit zu

---

<sup>6</sup> Tagungsbericht der zweiten internationalen ESPAS-Konferenz, interinstitutionelle Arbeitsgruppe II: „Die Zukunft der europäischen Gesellschaft im digitalen Zeitalter“, Februar 2013:

<sup>7</sup> Erik Brynjolfsson and Andrew McAfee, *Race against the Machine. How the Digital Revolution is accelerating Innovation, driving Productivity, and irreversibly transforming Employment and the Economy*. Cambridge (Mass), MIT Press, 2012.

<sup>8</sup> Daniel Ruskoff, *21st Century Technologies. Promises and Perils of a dynamic Future*, Paris, OECD, 2011.

<sup>9</sup> Mark Dean hat im *IBM Global Technology Outlook 2011* die wahrscheinlichsten zukünftigen Entwicklungen aufgezählt:

- a. Makrointegration in allen Organisationen mit strukturierten Informationen (von ihnen in Standardformaten erstellt und in den internen Speichern zugänglich) und unstrukturierten Informationen (zugänglich für ihre Mitglieder mittels eines konstanten nicht formatierten Informationsflusses aus den eigenen sozialen Netzwerken). Dieser Prozess wird es der Organisation erleichtern, mit der Informationswand fertigzuwerden, Änderungen in ihrer Umgebung schnell zu erkennen sowie zu entscheiden, wann und aus welchem Grund Crowd-Sourcing eingesetzt wird, um ihr Wissen und ihre Fachkenntnisse weiter zu vertiefen. (Dies kann dazu führen, dass große Organisationen mit einem schwachem internen Datenspeicher, ohne zentrales Wissensmanagement und eine reflektierte Nutzung des Crowd-Sourcing von der Menge an Informationen und Anbietern von Inhalten bzw. Dienstleistungen überwältigt werden);
- b. Analytik großer Datenmengen;
- c. Internet der Dinge;
- d. Paradigmenwechsel von Rechenmaschinen zu Lernsystemen.

nehmen und in aller Ruhe angemessene Wege zur Bewältigung des bevorstehenden Wandels auszuarbeiten. Der Wandel vollzieht sich kontinuierlich und in immer schnellerem Tempo. Dadurch ändern sich auch die Rahmenbedingungen und die Gegebenheiten für politischen Wettbewerb und politische Zusammenarbeit sehr rasch.

Angesichts der zunehmenden Komplexität des Weltgeschehens, der politischen Multipolarität, der Ordnungspolitik auf mehreren Ebenen, der technologischen Entwicklung und der zunehmenden Zahl an politischen Akteuren muss das Europäische Parlament strategischer vorgehen, sich langfristigen Fragen zuwenden und den kontextuellen Wandel sogleich in allen Bereichen der Organisationskultur und bei der künftigen Ausgestaltung der Organisation berücksichtigen. Das Parlament muss zu einer **lernfähigen** Organisation werden, die ihre Strukturen, Verfahren, Personalausstattung, Schulung und Ausrüstung ständig modernisiert.

Wo stehen wir also, wenn es um die Modernisierung unserer eigenen Funktionsfähigkeit in Bezug auf die sich herausbildende neue multipolare Umgebung mit mehreren Ebenen, Akteuren und technischen Anwendungen geht?

## IV. DAS PARLAMENT ALS EUROPÄISCHER POL DES GLOBALEN SYSTEMS

In der ursprünglichen Studie wird deutlich, dass einzelne Mitgliedstaaten, egal wie groß sie sind, nicht als gleichwertige Akteure in der sich herausbildenden multipolaren Welt auftreten können. Wir verfügen nur gemeinsam als Europäische Union über die erforderliche kritische Masse, als eine Union der Bürger und der Staaten. Um als globaler Partner bestehen zu können, muss sich die Union jedoch ihrer eigenen Schwächen annehmen.

### 1. Gestärkt aus der Schuldenkrise hervorgehen

Alle Industriestaaten sind von der Schuldenkrise betroffen. Was die Verschuldung und das Staatsdefizit angeht, so sieht es in den Vereinigten Staaten und Japan nicht besser aus als in Europa, zum Teil sind die Zahlen sogar schlechter. Außerhalb des Eurowährungsgebiets ist Großbritannien nach wie vor darum bemüht, sein Defizit von acht Prozent zu senken und die steigende öffentliche Verschuldung im Zaum zu halten.

Gleichwohl war es die Eurozone, die mit einer existentiellen Bedrohung konfrontiert war, was die Zukunft ihrer Währung angeht. Mit der Errichtung der Währungsunion hatten die Mitgliedstaaten ihre bestehenden Schutzmechanismen aufgegeben, aber die Union wurde aus politischen Gründen nicht mit ähnlich gearteten Instrumenten ausgestattet.

Alle diese Schwachpunkte müssen nun in der Krise behoben werden, durch die Schaffung eines gemeinsamen Rettungsfonds, strengere Regeln zu Staatsdefiziten, makroökonomischer Überwachung, Bankenaufsicht und Bankenabwicklung. Alle diese Reformen werden zu einem in wirtschaftlicher Hinsicht viel weiter integrierten Europa führen, ungeachtet dessen, ob sie mit

Mechanismen zwischen Regierungen durchgeführt werden oder ob die Entscheidungsbefugnis bereits an einen europäischen Akteur auf Bundesebene übertragen wurde, wie im Falle der Bankenaufsicht, für die nun die EZB zuständig ist.

**Politisch** hat das Parlament seine Rolle in vollem Maße wahrgenommen, von den (nicht beachteten) ersten Warnungen in der vergangenen Wahlperiode, über ambitionierte Gesetzesänderungen bis hin zur Sicherstellung einer starken Position bei der Überprüfung der europäischen Bankenaufsicht in dieser Wahlperiode.

**Verwaltungstechnisch** leistet das Parlament zusätzliche analytische Unterstützung durch die Einrichtung eines Referats für wirtschaftspolitische Steuerung, wozu auch die Aneignung von **Sachkenntnissen für die Überprüfung der Bankenaufsicht** gehört, was weiter vorangetrieben werden muss.

**Organisatorisch** hat der Präsident eine Debatte über einen **Sonderausschuss zur Überprüfung der Eurozone** angeregt, die inzwischen von allen wichtigen Akteuren konstruktiv aufgenommen wurde und die es uns erlauben wird, diese Frage vor der nächsten Wahlperiode zu lösen.

Die Europäische Zentralbank hat als starker und glaubwürdiger Akteur auf Bundesebene im Sommer 2012 der „existentiellen“ Phase der Krise und den Spekulationen über ein mögliches Auseinanderbrechen des Währungsgebiets de facto ein Ende gesetzt. Die Marktteilnehmer sind nun zu der Überzeugung gelangt, dass der Euro Bestand hat, und die Zinssätze sind auf ein beherrschbares Maß zurückgegangen.

## 2. Kosten eines Verzichts auf Europa

Ohne die Behebung der Schwachpunkte bei der Einrichtung der Eurozone hätte die Europäische Union ihre Bürger verarmt zurückgelassen, sich von der weltpolitischen Bühne als zuverlässiger Akteur verabschiedet und aufgehört, ein Pol in der multipolaren Welt zu sein. Das dem zugrundeliegende Integrationsmodell der **„Integration durch Katastrophe“** ist gleichwohl außerordentlich kostspielig und gefährlich.

Gibt es Alternativen dazu? Wie kann man den notwendigen politischen Rückhalt gewinnen, ohne mit dem Rücken zur Wand zu stehen?

In der Ära von Jacques Delors wurde die Integration durch das Gedankenspiel der „Kosten eines Verzichts auf Europa“ vorangetrieben. Die Schaffung des Binnenmarkts wurde durch den Bericht Cecchini unterstützt, in dem die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile der Vollendung des Binnenmarkts aufgeführt waren.

Ein ideologiefreier Aufbau der Kapazitäten Europas, das sich zu einem lebensfähigen Pol herausbildet, hängt daher von der erneuten Anwendung dieser Methode in allen politischen Sektoren ab. Dies ermöglicht es der Union, die Sektoren zu integrieren, in denen es erwiesene und wichtige potenzielle Vorteile eines gemeinsamen Handelns gibt, und ideologischen Widerständen gegen diesen Prozess standzuhalten. Diese Methode ergänzt die Subsidiaritätsmethode.

Das Präsidium hat 2011 beschlossen, eine Direktion für Folgenabschätzung samt eines Referats für den Europäischen Mehrwert und die Kosten eines Verzichts auf Europa, einzurichten, um Bereiche festzulegen, in denen weiterhin Bedarf für Maßnahmen auf europäischer Ebene besteht, und Ausschüsse, die legislative Initiativberichte entwerfen, mit Inhalten zu versorgen.

Wir führen somit nicht nur Analysen durch und erstellen Folgenabschätzungen für Gesetzesentwürfe, sondern wir analysieren auch die Auswirkungen, wenn Gesetzesinitiativen in bestimmten Sektoren ausbleiben. Insofern dient das Konzept der Folgenabschätzungen nunmehr nicht nur dazu, Gesetzesvorhaben mögliche Hürden in den Weg zu legen, sondern diese können nun mit ihrer Hilfe auch beschleunigt werden.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Europäische Kommission, das über das Monopol für Gesetzesinitiativen verfügt, sich erneut derselben Vorgehensweise systematisch bedient. Sie müssen an ihre im Rahmen des Haushaltsverfahrens 2011 gemachten Zusagen erinnert werden, die Kosten eines Verzichts auf Europa und auf den europäischen Mehrwert als zentralen Bestandteil in ihre politische Arbeit aufzunehmen.

### 3. Aufbau effizienter Beziehungen mit wichtigen externen Partnern

Eines der bemerkenswertesten Resultate der Konsultierung der Verwaltung bezüglich der Studie zum Thema „Vorbereitung auf die Komplexität“ war die scharfe Kritik der Art und Weise, wie wir unsere Arbeit in den interparlamentarischen Delegationen derzeit organisieren. Bemängelt wurde vor allem eine gravierende Ziellosigkeit, da wir mit jedem das gleiche Maß an Beziehungen pflegen, ohne dass die Ziele immer deutlich sind. Dies wirft wichtige Fragen in Bezug auf die Verwendung unserer Ressourcen auf – nicht nur in monetärer Form, sondern auch was Zeit und Personal angeht.

Unsere Delegationsstruktur gründet sich auf folgende Überlegungen:

- Vertragliche Verpflichtungen: Einige Delegationstätigkeiten gründen sich auf Verträge, wie im Fall der AKP-Versammlung oder von Delegationen mit Beitrittsländern und Gemischten Parlamentarischen Ausschüssen auf der Grundlage internationaler Abkommen. Dabei handelt es sich um unverrückbare rechtliche Verpflichtungen.
- Regionale Integration: Die Europäische Union stellt das am weitesten entwickelte Modell einer regionalen Integration dar. Daher hat es ein natürliches Interesse daran, für sein Integrationsmodell einzutreten und andere Regionen bei ihrer Entwicklung zu unterstützen.
- Demokratie und Menschenrechte: sie gehören zu den Grundwerten der Europäischen Union. Die Wahlbeobachtung ist dabei ein wesentliches Instrument.
- Wichtige globale Akteure: Die Union hat ein Interesse daran, enge Beziehungen mit wichtigen globalen Akteuren wie den Vereinigten Staaten, China, Russland, Indien und Brasilien zu unterhalten.

- Nachbarschaftspolitik: Enge Kontakte mit unseren unmittelbaren Nachbarn sind von grundlegender Bedeutung.
- Rechtssetzungsdossiers: Immer häufiger dienen internationale Kontakte nicht der herkömmlichen Außenpolitik, sondern sind maßgeblich für Rechtssetzungsdossiers, internationale Abkommen und handelspolitischen Dossiers. Dies rechtfertigt das Tätigwerden von Ausschussdelegationen.

Somit sind die zugrundeliegenden Prinzipien offensichtlich fundiert und stichhaltig.

Gleichwohl lassen sich einige wichtige Probleme erkennen:

- Uns fehlt es an objektiven Grundsätzen, mittels derer die Intensität der Kontakte zwischen **normalen und Krisenzeiten** verändert werden kann.
- **Sachverständige zu Ländern und maßgeblichen Dossiers** sind nicht ausreichend miteinander vernetzt;
- einige Delegationen mit Reisetätigkeit sind schlichtweg **zu groß**, um wirksam arbeiten zu können;
- Delegationsreisen werden zunehmend öffentlich beanstandet, wenn sie zu groß sind und deren **Kosten die entsprechenden Grenzwerte übersteigen**.

Können wir uns ein System vorstellen, das regelmäßige Kontakt in ressourceneffizienter Weise ermöglicht und gleichzeitig flexibel auf Zeiten besonderer Anforderungen reagiert? Ein System, bei dem Ländersachverstand in Ausschussdelegationen und Kenntnisse über maßgebliche Rechtssetzungsdossiers in ständige Delegationen eingebunden werden?

In normalen Zeiten könnten die folgenden Regeln gelten:

- Die Vorstände der Delegationen unternehmen eine Reise pro Jahr. Sie können zwei Sachverständige zu spezifischen Dossiers aus maßgeblichen Sektorausschüssen, die keine Mitglieder dieser Delegation sind, einladen, sie zu begleiten.
- Ebenso können die Vorstände von Parlamentsausschüssen in Begleitung von bis zu zwei Berichterstattem einmal pro Jahr außerhalb der Europäischen Union reisen. Sie können zwei Sachverständige zu Ländern aus der maßgeblichen Delegation einladen, sie zu begleiten.

Wenn dies erforderlich sein sollte, können mit Zustimmung der Konferenz der Präsidenten unter der Voraussetzung einer präzisen Aufgabenbeschreibung und eines anschließenden Berichts Ad-hoc-Delegationen gebildet werden.

Die Gesamtzahl aller Mitarbeiter darf die Zahl der reisenden Mitglieder nicht übersteigen.

Sollten die zuständigen Stellen dies beschließen, könnte die Regelung zu Beginn der neuen Wahlperiode in Kraft treten.

## 4. Eine europäische Identität

In der multipolaren Welt kann die Europäische Union nur ein Zentrum sein, wenn ihre Bürger eine echte europäische Identität entwickeln, die ihre lokale, regionale und nationale Identität, die im Laufe der Zeit gewachsen ist, ergänzt.

Durch die Verträge über die Europäische Union werden ihren Einwohnern eine echte Staatsbürgerschaft sowie Grundrechte verliehen. Durch diese grundlegenden Rechte wird ein Gefühl europäischer Identität im Gesetz verankert.

Das Parlament blickt auf eine lange und stolze Geschichte bei der Prägung dieser europäischen Identität zurück, die in den Grundrechten verankert ist und durch seine Eigeninitiativen wie den Sacharow-Preis, Dringlichkeitsentschlösungen und Wahlbeobachtungsmissionen gestärkt wird. Die kürzliche Entscheidung des Präsidiums, eine Direktion für Demokratieförderung einzurichten, fügt sich nahtlos in diese Tradition ein.

Das Parlamentarium beschränkt sich nicht auf eine technische Beschreibung der Funktionsweise des Parlaments, sondern erläutert den historischen Hintergrund der europäischen Integration seit den schwärzesten Stunden der europäischen Geschichte. Mit mehr als 250.000 Besuchern im ersten Jahr nach der Eröffnung ist es bereits jetzt ein großer Erfolg.

Dass der Innenhof des Parlaments nach Simone Veil benannt wurde, der ersten Präsidentin des direkt gewählten Europäischen Parlaments, die in Auschwitz war, folgt der gleichen Logik, ebenso wie die Benennung der Esplanade Solidarność 1980.

Weitere Initiativen werden derzeit umgesetzt.

Die Bauarbeiten am zukünftigen Haus der europäischen Geschichte sind bereits weit fortgeschritten. Bürger werden Gelegenheit haben, Geschichte nicht nur als nationales Phänomen zu erfahren und zu rekonstruieren, sondern auch als gemeinsame europäische Geschichte. Das Haus der europäischen Geschichte wird einen in dieser Art einzigartigen Veranstaltungsort und Blickwinkel bieten.

Das Parlament hat beschlossen, das Jean-Monnet-Haus in Houjarray in der Nähe von Paris, das sich im Besitz des Parlaments selbst befindet, grundlegend zu renovieren. Die Erweiterung der Konferenzräume wird die Einrichtung einer Jean-Monnet-Akademie zu Schulungszwecken ermöglichen.

Das Präsidium wird in Kürze darüber beraten, mit dem Regionalmuseum Schirmeck im Elsass eine Zusammenarbeitsvereinbarung für Besuchszwecke abzuschließen.

## V. DAS EP IN DER GOVERNANCE AUF MEHREREN EBENEN

Eine der wesentlichen Erkenntnisse der Studie zum Thema „Vorbereitung auf die Komplexität“ bestand darin, dass es zunehmend zur Einrichtung und Differenzierung eines Systems der Governance auf mehreren Ebenen kommt, in dem **Nationalstaaten Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse sowohl an die regionale Ebene als auch an die europäische und weltweite Ebene verlieren**. Dadurch wird eine effektive Zusammenarbeit zwischen Akteuren auf diesen verschiedenen Ebenen erforderlich.

Die Schuldenkrise hat jetzt allen deutlich gemacht, dass wir **existenziell miteinander verbunden** sind. Was als Krise durch zweitklassige Hypotheken in den Vereinigten Staaten begann, wurde schnell zu unserem Problem. Die griechischen Staatsschulden drohten, die gesamte Europäische Union zu destabilisieren. Die weltweite Ebene, die europäische Ebene und die nationale Ebene sind in einem System der Governance auf mehreren Ebenen gegenseitig voneinander abhängig geworden.

Wir sind dadurch gezwungen, all diese Beziehungen neu zu überdenken, genau wie es auch die Mitgliedstaaten tun mussten. Sie mussten zugeben, dass sie Verpflichtungen gegenüber der Union haben, denen sie sich nicht länger durch einen Verweis auf die nationale Souveränität entziehen können. Sie sind für die ordnungsgemäße Umsetzung der europäischen Gesetzgebung verantwortlich. Sie sind für eine nachhaltige Wirtschafts- und Haushaltspolitik verantwortlich, um nicht die Gemeinschaft als Ganzes zu gefährden.

### 1. Beeinflussung von globalen Normgebern

Die Europäische Union und das Europäische Parlament legen nicht nur Regeln fest, sondern sind auch Adressaten der von anderen festgelegten Leitlinien und Normen. Es muss daher in unserem Interesse liegen, ordentlich informiert zu werden und wenn möglich Einfluss auf diese anderen auszuüben.

2010 hat das Parlament ein **Büro in Washington DC** eröffnet. Dieses dient im Wesentlichen dazu, den Kontakt zum US-Kongress zu halten, hat sich aber auch im Hinblick auf das bessere Verständnis der US-Regierung und der Regulierungsbehörden als wertvoll erwiesen. Wir werden uns mehr und mehr der Tatsache bewusst, dass sich die Europäische Union und die Vereinigten Staaten oft gleichzeitig mit den gleichen großen Problemen befassen, wobei die vollständige Überarbeitung der finanzpolitischen Regulierung nur das augenfälligste Beispiel ist.

Durch einen intensiven Dialog zwischen Gesetzgebern, an dem die Berichterstatter auf beiden Seiten des Atlantik beteiligt sind, können wir unsere Interessen frühzeitig anmelden und unnötige Konflikte vermeiden. Der Beginn von Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, die sich nicht nur auf klassische Handelsfragen, sondern auch auf Regulierungsfragen konzentriert, zeigt, wie wichtig es ist, die Legislative umfassend an etwas zu beteiligen, was traditionell als Aufgabenbereich der Exekutive angesehen wurde.

Washington bietet auch die Gelegenheit, unsere Beziehung zu den Bretton-Woods-Institutionen wie der **Weltbank** und insbesondere dem **IWF** zu vertiefen. Letzterer wird immer wichtiger, wenn man die Schlüsselrolle des IWF bei den Rettungsprogrammen für mehrere unserer Mitgliedstaaten bedenkt.

Nach einem vielversprechenden Start zu Beginn der weltweiten Schuldenkrise, als es ihr gelang, eine weltweite ordnungspolitische Agenda festzulegen, scheint die **G20** die Gelegenheit endgültig verpasst zu haben, ein Gremium für operative Politik zu werden. Das EP ist an seiner parlamentarischen Komponente beteiligt und sollte dazu beitragen, diese für den G20-Prozess der Staats- und Regierungschefs relevanter zu machen. Die OECD, die eine wichtige vorbereitende Rolle spielt, ist bereit, uns frühzeitig mit Informationen zu versorgen.

## 2. Organisation von Demokratie in kontinentalem Maßstab

Das Parlament muss Demokratie in kontinentalem Maßstab organisieren. 766 Mitglieder aus 27 Ländern, die mehr als 500 Millionen europäische Bürger vertreten, sind gemeinsam mit dem Ministerrat für die Gesetzgebung der Europäischen Union zuständig.

Aber Richtlinien müssen immer noch in nationale Rechtssysteme umgesetzt werden, was die Kooperation nationaler Gesetzgeber erfordert und Jahre dauern kann. Die Ausführung erfolgt so oder so unter der Zuständigkeit der nationalen Exekutiven. Durchführungsrechtsakte werden durch Gremien aus nationalen Sachverständigen erlassen. Die europäische Gesetzgebung kann daher letztendlich nur erfolgreich sein, wenn eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Regierungsebenen innerhalb der Union sichergestellt ist.

Das Parlament muss daher darüber nachdenken, **wie es Kontakte zur nationalen Ebene und den darunter liegenden Ebenen systematisch unterhalten kann.**

Bei der derzeitigen Tendenz zur „Zwischenstaatlichkeit“ in der EU-Politik besteht die Gefahr, dass sowohl nationale Parlamente als auch das Europäische Parlament ausgeschlossen werden. Es muss sichergestellt werden, dass, wenn die Entscheidung auf nationaler Ebene getroffen wird, nationale Parlamente die Vertretung ihrer Länder im Rat effektiv kontrollieren können. Wenn die Entscheidung auf europäischer Ebene getroffen wird, ist das Europäische Parlament zuständig. In diesem Sinne sind nationale Parlamente und das Europäische Parlament natürliche Partner.

Die Zusammenarbeit zwischen **nationalen Parlamenten** und dem Europäischen Parlament muss in Zukunft immer mehr auf Kooperation zwischen Ausschüssen und enger Zusammenarbeit zwischen Sachverständigen zu bestimmten Dossiers basieren. Videokonferenzen zwischen dem Berichterstatter und einem nationalen parlamentarischen Ausschuss sollten für aktuell zu verhandelnde legislative Dossiers zum Standard werden, um zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips beizutragen.

Der **Wirtschafts- und Sozialausschuss** und der **Ausschuss der Regionen** sind durch den Vertrag von Lissabon zu qualifizierten Beratungsgremien geworden. Mit ihrer beratenden

Tätigkeit unterstützen sie den Rat, die Kommission und das Parlament. Die Zusammenarbeit in administrativer und politischer Hinsicht ist bisher immer noch im Wesentlichen formal und unterentwickelt. Präsidium und Plenum haben die gemeinsame Arbeitsgruppe des Präsidiums und des Haushaltsausschusses damit beauftragt, das Potenzial der interinstitutionellen Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Übersetzung zu prüfen. Das könnte auf weitere Bereiche ausgedehnt werden.

Wie kürzlich in vergleichenden Studien mit nationalen Parlamenten und dem US-Kongress gezeigt wurde, müssen sowohl die Mitglieder des Europäischen Parlaments als auch die des US-amerikanischen House of Representatives im Durchschnitt den Kontakt zu etwa 700.000 Bürgern halten. Demgegenüber sind es auch für die Mitglieder der Parlamente in den größten Mitgliedstaaten nur etwa 100.000 Bürger. Es muss daher darüber nachgedacht werden, wie **Mitglieder** durch bessere logistische Unterstützung **bei ihren lokalen Aktivitäten besser unterstützt werden** können.

Eine effiziente Organisation der parlamentarischen Arbeit ist in diesem Zusammenhang entscheidend. Die gemeinsame Arbeitsgruppe des Präsidiums und des Haushaltsausschusses wird sich in Kürze damit beschäftigen, wie die Arbeit des Parlaments effizienter **geplant** werden kann, um Einsparpotenzial zu ermitteln.

Gleichzeitig müssen die **Außenstellen** des Parlaments **in den Mitgliedstaaten intensiver** mit den Hauptinteressenträgern **zusammenarbeiten**.

### 3. Ein neues „Unternehmensmodell“ für die Europäische Union

Durch die Schuldenkrise hat sich die Europäische Union in ihrer Interaktion mit den Bürgern von „wenig interventionistisch“ zu „stark interventionistisch“ gewandelt. Während sich auf europäischer Ebene getroffene Entscheidungen bisher selten unmittelbar auf das Leben der Bürger ausgewirkt haben, sind die Bürger in den „Programmländern“ jetzt in den wichtigsten Aspekten ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen direkt betroffen. Auch die Bürger in den Ländern, die Mittel oder Garantien bereitstellen, fühlen sich direkt betroffen.

Sie erwarten daher zunehmend, hinsichtlich der Richtung der europäischen Politik eine echte Wahl zu haben. Aufgrund der durch die Krise de facto erfolgten Änderung der Rahmenbedingungen – durch die wesentliche Entscheidungen von der nationalen auf die europäische Ebene verlagert wurden – werden die Fragen der demokratischen Legitimität, der Fachkenntnisse und der Kontrolle für alle Organe wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt.

#### Demokratische Legitimität

Die Konferenz der Präsidenten hat den Ausschuss für konstitutionelle Angelegenheiten ersucht, einen Bericht über **europäisches Wahlrecht** zu verfassen. In einigen Mitgliedstaaten ist es immer noch möglich, Kandidaten für die Wahlen zum Europäischen Parlament wenige Wochen

vor den Wahlen und ohne ordnungsgemäßen und transparenten politischen Prozess für ihre Nominierung vorzuschlagen. Die europäische Partei, zu der die nationale Partei gehört, wird nicht einmal auf dem Wahlzettel erwähnt, wodurch der Eindruck entsteht, dass es sich nur um eine weitere nationale Wahl handelt. Außerdem schließen die Wahllokale am Sonntag um 22.00 Uhr, wodurch es keine Möglichkeit eines bedeutsamen gemeinsamen Wahlabends gibt, der mehr als nur die ersten nationalen Ergebnisse umfasst.

Mit Mitteln aus seinem eigenen Haushalt und der regelmäßigen Aktualisierung der relevanten Richtlinien hat das Parlament viel in die **Entwicklung europäischer Parteien** investiert. Dadurch ist es jetzt erstmals möglich, dass es **Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten** in allen großen europäischen Parteien gibt, wodurch die Bürger eine echte Wahl haben, wer die Führung der Exekutive übernehmen sollte, die allein über das Initiativrecht verfügt.

Der Präsident der Kommission wird vom Europäischen Rat nach Konsultation des Europäischen Parlaments und unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Europawahlen vorgeschlagen. Er muss vom europäischen Parlament gewählt werden.

Es wird nur natürlich sein, eine **Einigung zwischen dem Kandidaten und der parlamentarischen Mehrheit zu zentralen politischen und legislativen Dossiers anzustreben**, die in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen, wie es auch auf nationaler Ebene der Fall ist.

Der Rat als Vertreter der Mitgliedstaaten ist effektiv zur zweiten legislativen Kammer in der Europäischen Union geworden. Die **nationalen Parlamente** werden beinahe sicher den Wunsch haben, bessere **Qualitätsstandards für die Kontrolle ihrer eigenen Exekutive** bei der Entscheidung über Rechtssetzung auf europäischer Ebene zu entwickeln.

## Fachwissen

Das Parlament kann sich nicht einfach auf das von der Europäischen Kommission bereitgestellte Fachwissen verlassen. Es muss seine eigene unabhängige Ansicht zu Gesetzesvorschlägen entwickeln, um beurteilen zu können, ob es die vorgeschlagenen Texte unterstützen oder ändern soll. Daher muss es durch seinen eigenen unabhängigen Recherchedienst oder „wissenschaftlichen“ Dienst unterstützt werden. Im Entwurf des Haushaltsplan für 2014 sieht das Präsidium bereits die Entwicklung der derzeitigen Bibliothek hin zu einem umfassenderen **Parlamentarischen Recherchedienst für Mitglieder** vor, der die gesamte Bandbreite an bestehendem Fachwissen filtert sowie weitere Recherchekapazitäten entwickelt und den Mitgliedern zur Verfügung stellt.

## Kontrolle

Wenn auf europäischer Ebene Entscheidungen getroffen werden, die wesentliche Auswirkungen auf die alltäglichen wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen haben, wird die

demokratische Kontrolle dieser Entscheidungen entscheidend. Die Ausübung dieser Kontrolle in einem System der Governance auf mehreren Ebenen ist eine Herausforderung.

Der Präsident hat bereits eine Diskussion über einen **Kontrollausschuss** angestoßen, der sich auf all die neu geschaffenen Strukturen der wirtschaftspolitischen Steuerung wie den ESM, den Fiskalpakt, die Bankenaufsicht, den Euro-Plus-Pakt usw. konzentriert. In den Parteien haben intensive Diskussionen zum Thema stattgefunden, und wichtige Akteure im Ausschuss stehen der Idee offen gegenüber.

Die vergleichenden Studien mit nationalen Parlamenten und dem US-Kongress haben weitere Beispiele dafür geliefert, wie eine genauere parlamentarische Kontrolle der Exekutive effektiv umgesetzt werden kann. Die Praxis parlamentarischer **Sonderausschüsse im britischen Unterhaus** und die enge Zusammenarbeit zwischen dem US-Kongress und dem Rechnungshof (**Government Accountability Office (GAO)**), durch die die Effektivität bestehender Rechtssetzung und Programme geprüft wird, stellen ebenfalls interessante Modelle für das Parlament dar.

## VI. SYSTEM MIT VIELEN AKTEUREN UND BESCHLEUNIGUNG DES WANDELS DURCH VIELFÄLTIGE TECHNOLOGIEN

„Vorbereitung auf die Komplexität“ hat als einen wesentlichen Trend das zunehmende Auftreten des einzelnen Bürgers als politischer Akteur im eigenen Interesse festgestellt. Dieses neue Phänomen ist eng verbunden mit dem technologischen Quantensprung im Hinblick auf Informationen. Die Internetrevolution, Blogs, Facebook und Twitter und das Aufkommen neuer Hardware wie Smartphones und Tablets haben den Zugang zu und Austausch von Informationen grundlegend demokratisiert und zu einem permanenten Bestandteil des täglichen Lebens gemacht. Diese neue Welt der Informationen ist extrem wettbewerbsfähig, innovativ und befindet sich in ständigem Wandel.

Das Parlament stößt mit einer Reihe von Wettbewerbsvorteilen in diese neue Ära vor.

Zunächst einmal ist es extrem reich an Inhalten. Tatsächlich sind in gewissem Sinne Inhalte das, was wir produzieren. Zweitens sind wir bereits eine multinationale Organisation. Drittens verfügen wir über ein weltweites Netzwerk. Viertens werden unsere Mitglieder von den Bürgern gewählt, wodurch sie einen sehr hohen Grad an Legitimität erhalten.

All das gibt uns die Chance, ein **internationaler Bezugspunkt für Inhalte zu europäischen Fragen** zu sein.

Das Parlament tritt in diese Welt als eine Organisation ein, die extrem reich an Inhalten ist. Wir führen Studien durch, organisieren Anhörungen und veröffentlichen Diskussionspapiere und Analysen – alles, was auch ein Think Tank tun würde.

Wir können aber auch sagen, dass diese Inhalte extrem gut versteckt sind. Es sind vor allem Sachverständige, die bereit sind, auf unserer Website eine langwierige Suche durchzuführen, um Inhalte zu finden. Die neuesten Inhalte müssen immer sofort auf Seite eins eines speziellen Teilbereichs verfügbar sein. Statt „Suchen“ müssen wir „Finden“ ermöglichen.

Webstreaming bietet allen Interessierten die Möglichkeit, unsere Arbeit im Ausschuss oder Plenum mitzuverfolgen. EuroparlTV liefert produzierte Inhalte. Ehrgeizigere Pläne für einen Fernsehkanal des Parlaments mussten seinerzeit aufgrund der Kosten für die Bereitstellung von Inhalten in allen Amtssprachen zurückgestellt werden.

Die 766 Mitglieder des Parlaments zusammen geben mehrere politische Erklärungen pro Minute ab. Diese sind jetzt zusammen im **Newshub** sichtbar, wodurch alle Inhaltsbeiträge der Mitglieder live zusammengeführt werden.

Es gibt Regeln und Verfahren für die effektive Bearbeitung von Bürgerinitiativen, wodurch ein **Element der partizipativen Demokratie** eingeführt wird. In einem gewissen Stadium möchte das Parlament eventuell die Möglichkeit in Erwägung ziehen, die direkte und systematische Beteiligung der Bürger als Element des Legislativprozesses einzuführen. Die technologische Grundlage für die Konsultation von Bürgern zu Texten ist durch Software wie „LiquidFeedback“ gegeben.



Klaus WELLE